

# blickpunkt

Nr. 259  
Juli 1992

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI MÖRFELDEN-WALLDORF

INFORMATION - DISKUSSION

## Demnächst drei große Mülltonnen?

*Die Mülltonnen-Frage wird in unserer Stadt demnächst hochaktuell. Mit Sicherheit gibt es dabei viele Argumente für oder gegen diesen neuen Versuch, die Müllprobleme in den Griff zu kriegen. Unser heutiger Beitrag ist deshalb sicher nicht der letzte zum Thema. Wir würden uns freuen wenn wir dazu Diskussionsbeiträge erhielten.*

Sehr wahrscheinlich wird auch in Mörfelden ab 1. Januar 1993 ein neues Mülltonnenzeitalter beginnen. Es ist vorgesehen, daß jeder Haushalt künftig drei Mülltonnen besitzt und zwar eine gelbe Tonne (an Stelle des gelben Sackes) für wiederverwertbaren Müll, eine Tonne für kompostierfähigen Müll (Biotonne in brauner Farbe) und eine Tonne für den Restmüll in grauer oder grüner Farbe. Sämtliche Tonnen werden jedoch nur in der großen Ausführung mit 120 Liter Inhalt und einer Höhe von 95 cm, oder mit 240 Liter Inhalt und einer Höhe von 110 cm geliefert. Die in Mörfelden und Walldorf jetzt noch vorhandenen 50 Liter fassenden 65 cm hohen Gefäße sowie die vereinzelt vorhandenen 35-Liter-Tonnen werden abgeschafft.

Angesichts einer solchen Entwicklung muß man tatsächlich fragen, ob

das der richtige Weg zur Mülleinsparung ist. (Durch das vorbildliche Getrenntsameln von Glas, Papier, Kunststoff, Sondermüll und kompostierfähigem Material, ist bei vielen die Restmülltonne schon nicht mehr vollgefüllt, obwohl diese nur 50 Liter Inhalt hat. Einige Bürger haben sich deshalb schon eine 35 Liter Tonne zugelegt.)

Auf Rückfrage, wer denn so etwas beschließe, wurde uns mitgeteilt, daß verschiedene Gründe die Kommunen hierzu veranlassen. Stadtrat Treber gab an, daß es zum einen eine EG-Richtlinie und Beschlüsse des hessischen Umweltministeriums hierfür gäbe. Zum anderen sei es den Männern der Müllabfuhr nicht länger zuzumuten, daß sie die jetzigen Mülltonnen ohne Rollen bewegen und heben müssen. Letztere Forderung der Gewerkschaft kann man sich nur anschließen. Aber müssen es deshalb ausgerechnet größere Tonnen sein, man könnte ja sicherlich auch 50-Liter-Tonnen mit Rollen herstellen, oder die jetzt vorhandenen Gefäße mit Rolluntersätzen versehen.

Auf die Frage was denn sei, wenn die Mülltonne in den jetzigen Leerungszeiträumen nicht voll werde, wurde geantwortet, daß dann längere Zeiträume vorgesehen seien (also keine wöchentliche sondern evtl. 14-tägige oder 4-wöchentliche Leerung). Die

Frage wirft sich nur auf, ob in diesem längeren Zeitraum die Mülltonnen nicht zum Himmel stinken. Zur Beschwichtigung wurde noch gesagt, daß derjenige, der selbst kompostiert, nicht unbedingt eine braune Biotonne haben müsse. Trotzdem wird es einige Probleme aufwerfen, wenn für jeden Haushalt in Mehrfamilienhäusern drei 120-Liter-Tonnen untergebracht werden müssen. Sämtliche jetzt vorhandenen Müllboxen können dann abgerissen werden. Wir meinen, daß dies nicht der richtige Weg ist, sondern daß eher angesichts der großen Behälter wieder mehr Müll entsteht, daß also einfach mehr in die Tonnen hineingeworfen wird. Nicht zuletzt muß man wissen, daß durch die gesamte Umstellung auf neue Mülltonnen (in Mörfelden-Walldorf werden dann vielleicht 10.000 Mülltonnen auf den Schrott geworfen) und die Veränderung an den Müllfahrzeugen, durch das Einbauen neuer Schüttvorrichtungen, gewaltige Kosten entstehen. Bereits jetzt ist zu erfahren, daß das Müllabfuhrunternehmen ab 1.6. die Preise um 20% erhöht. Dabei wird es für den einzelnen Bürger nicht bleiben - gewaltige Gebührenerhöhungen stehen also ins Haus und werden dann wohl auch von der SPD-Grüne-Koalition als Sachzwang akzeptiert. Hier ist massiver Protest angebracht.

Heinz Hechler

## Sozialabbau

Es ist mehr als "Sommertheater", wenn von Regierungs- oder Arbeitgeberseite der Karenztag immer wieder ins Spiel gebracht wird. (Der Karenztag - Ältere werden es noch von früher wissen - ist der erste Tag einer krankheitsbedingten Arbeitsunfähigkeit. Für ihn soll es in Zukunft keine Lohnfortzahlung mehr geben. Heiner Geißler (CDU) schlug vor, daß es auch denkbar wäre, daß als Ausgleich ein Urlaubstag wegfalle oder der Tag nachgearbeitet werden könne.) Man erhofft sich von dem Karenztag auch eine abschreckende Wirkung bei sog. "Krankfeiern". Unbeschadet der Tatsache, daß es immer wieder Leute gab und gibt, die Sozialgesetze auf Kosten der Solidargemeinschaft ausnutzen, so kann man nicht die Allgemeinheit wegen "ein paar schwarzer Schafe" bestrafen. Zudem sind es immer kassenzugelassene Ärzte, die eine Arbeitsunfähigkeit bescheinigen.

Die weitere Argumentation der Regierenden: Mit dem Karenztag könne die Pflegeversicherung bezahlt werden. Wer kann sich schon der Forderung nach der Pflegeversicherung entziehen? Beleuchten wir die Thematik einmal genauer: Die Pflegeleistungen bringen die Bedürftigen selber auf (Rente, Sparguthaben, Immobilienbesitz). Reicht dies nicht aus, so wird die Sozialhilfe (in manchen Fällen auch die Angehörigen) die Kosten übernehmen. Die Sozialhilfe zahlen die Kommunen/Kreis - also die Allgemeinheit über die Steuern. Mit der Einführung der Pflegeversicherung übernimmt die Versicherung diese Kosten (im Gespräch ist eine Leistungshöhe von 2100,- DM im Monat. Wer zahlt den Rest, denn z. B. in Mörfelden kostet ein Vollpflegeplatz schon 5000,- DM/Monat?) Die Gelder der Pflegeversicherung haben die Arbeitenden und evtl. auch die Arbeitgeber aufgebracht - also auch die Allgemeinheit. Mit der Einführung der Pflegeversicherung erwächst eine Erwartungshaltung. Man hat eine Versicherung, also kann man sie auch in Anspruch nehmen; man hat schließlich ein Recht erworben. Doch heute reichen die Pflegeheime nicht aus und schon gar nicht das Pflegepersonal. Die Frage nach der Lösung dieses Problems darf

gestellt werden. Die öffentliche Hand scheint die Pflegeversicherung deshalb zu propagieren, um sich aus der sozialen und vor allem finanziellen Verantwortung zu stehlen.

Die Forderung nach Wiedereinführung des Karenztages ist nicht die Lösung eines sozialen Problems, sondern ganz einfach Sozialabbau. rd

## Sprüche

"Die Startbahnen sind Hessens wertvollste Bodenschätze", meinte der abgetakelte FAG-Chef Stauber und forderte erneut die Ausweitung der Flughafen-Grenzen.

Da man dort bei der 91er Bilanz einen Fehlbetrag von 27 Millionen hat, will der Vorstand auch sparen. Wo? Ei, natürlich erst mal bei den Personalkosten! (Daß man dabei vor allem an die Arbeiter und Angestellten, die "weiter unten" angesiedelt sind, denkt - werden auch die rund 4.000 Kolleginnen und Kollegen, die aus unserer Stadt zur Flughafen-Arbeit fahren, noch merken.)

Aus einer ganz anderen Richtung kommen jetzt ebenfalls Flughafen-Expansionsgelüste. Annette Fugmann-Heesing, Finanzministerin der rot-grünen Koalition in Wiesbaden, macht sich für ein drittes Terminal stark. Schließlich müsse man einen Anstieg von heute 28 Millionen auf ca. 53 Millionen Fluggäste demnächst verkraften.

Ach ja, da gibt es auch noch die Anwohner. Die schimpfen über Lärm und Dreck. Die schimpfen meist nur so leise vor sich hin. Sie sollten wieder lauter werden.

## Irgendwann krachts

- Ein Notfall sei es gewesen.
- Was auch immer.
- In der Nacht vom 25. auf den 26. Juni wurden viele Walldorfer von einer Hercules C 141 aus dem Schlaf gerissen.
- "Sie hat bald die Schornsteine mitgenommen", so ein Ohrenzeuge.

## Real existierender Kapitalismus

Zwei Seiten einer Medaille. In Rüsselsheim will Opel, trotz Gewinnrekord, Arbeitsplätze vernichten, in Eisenach werden 1.200 Mitarbeiter gesucht.

(Kleine Nebenbemerkung: Opel-Eisenach ist nicht im Arbeitgeberverband. Der Grund: da braucht man sich nicht unbedingt an ausgehandelte Löhne zu halten.)

Arbeitsplatzabbau auch beim Nürnberger Bund. In der Mörfelder Niederlassung sollen demnächst ca. 150 Arbeitsplätze "verlagert" werden. Leerstehende Gewerbeflächen wird es dort sicher nicht geben. Am Immobilienmarkt kann man auch Profite machen.

Super-Profite bei Garny (Mörfelden-Walldorf). Eine üppige Dividende erwarten die Aktionäre, nachdem in den neuen Ländern glänzende Geschäfte gemacht wurden. In diesem Jahr soll der Garny-Umsatz auf 365 Millionen Mark steigen. Damit gehört auch Garny zu den großen Absahmern im "Wiedervereinigungsgeschäft".

Ach ja - wo es Gewinner gibt, gibt es auch Verlierer.

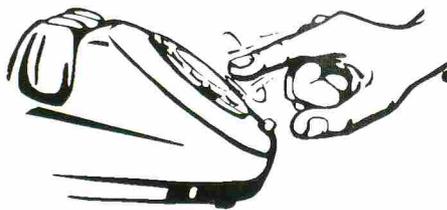
## Immer wieder Ärger an der Kasse

Wer kennt es nicht - Menschenschlangen vor den Kassen im Supermarkt. Vor allem bei "Minimal" und "Aldi" immer wieder beobachtet: eine oder zwei Kassen sind geöffnet, der Rest bleibt zu.

Am Samstag (11. Juli) ist den Leuten bei "Minimal" mal der Kragen geplatzt, es wurde zu recht geschimpft und protestiert.

Die Frauen hinter der Kasse können nichts dazu. Die sind dabei auch die Leidtragenden. Schuld ist die Profitpolitik der Geschäftsleitungen, die mit ihren Vorgaben diese Zustände erst möglich machen.

Wenn sich da nicht bald einiges ändert, sollte man sich wirksame Protestmethoden einfallen lassen.



... einfach  
anrufen!

Sicher haben Sie auch schon oft gedacht - »das wär was für den blickpunkt«.

Also, demnächst einfach anrufen!

Tel. 23366, 22362, 3335, 3859.

**DKP**

*Linke Opposition  
bleibt notwendig!*

**... dran denken  
am 7. März 1993**

## Keine Häme

Die grünen Streitereien, wenige Monate vor der Kommunalwahl, haben viele Zeitungsspalten gefüllt. Sicher waren persönliche Querelen ein Auslösepunkt beim grünen Hauskrach - allerdings wurde auch deutlich, daß die hiesigen Grünen allmählich in eine politische Krise kamen - der Versuch Regierung und Opposition gleichzeitig zu sein hat sie zerrissen.

Nun sollte man sich vor Häme und "klammheimlicher Freude" hüten. Bei solchen Auseinandersetzungen werden immer auch wichtige grüne Ideale beschädigt, die notwendigerweise zunehmend auch von anderen politischen Gruppierungen vertreten werden. Die GBL, nach den Startbahn-Auseinandersetzungen mit 25 Prozent ins Parlament eingezogen, hatte immer total unterschiedliche politische Linien in der eigenen Organisation.

Dies führte dazu, daß es lange Zeit auch eine Art Koalition mit der CDU gab. Ein paar Jahre später machte man dann eine richtige Koalition mit der SPD. Dafür bekam man einen grünen Stadtrat, der nicht notwendig war, aber sehr viel kostet.

In den vergangenen Jahren wurde deutlich, daß der GBL-Partner in der Koalition deutlich seine grüne Konturen verlor. Es kam im Parlament oft zu unverständlichem Abstimmungsverhalten, bei denen die

eigenen grünen Sympathisanten und Parteifreunde nur noch mit dem Kopf schütteln konnten.

Wenn diese Entwicklung kritisch im Stadtparlament angesprochen wurde, dann überboten einige GBL-Leute die CDU stets mit ihren gehässigen - z.T. persönlichen - Angriffen, auf die DKP-Fraktion. Dies alles ist nicht vergessen.

Nun ist in der örtlichen grünen Szene offenbar wieder vieles offen. Wir hoffen, daß der grüne Streit nicht die Entwicklung rechter und konservativer Strömungen in unserer Stadt befördert.

Wir hoffen auf ein politisches Klima, das ein gemeinsames Auftreten linker Gruppierungen und Parteien in vielen Fragen in Zukunft wieder erleichtert. rh

## Resignation gilt nicht

Nichts ist mehr so, wie es war. In der großen und in unserer kleinen Welt.

Die "real existierenden sozialistischen" Staaten sind kaputt - die Raketen der ehemaligen Sowjetunion werden zerstört - die USA behalten ihre. Der Frieden ist nicht sicherer geworden - überall Kriege, Not, Flüchtlingsströme, jeden Tag verhungern 40 000 Kinder. Das Ozonloch wächst, die Zahl der Flugzeuge, die dazu beitragen, auch. Man mag schon gar keine

"Tagesschau" mehr anschalten. Es ist zum Kotzen.

Und unsere kleine Welt? Die Kommunalpolitik in unserer Stadt? Auch hier eine Entwicklung, die früher sozial und ökologisch Engagierte zur Resignation treibt. In allen Parteien gibt es eine dünne Personaldecke. Krach bei den Grünen, Kommunalpolitiker werfen das Handtuch. In den meisten Fraktionen wächst die Zahl der Stillen, der Kopfnicker. Das wiederum befördert Tendenzen, daß die Hauptamtlichen, die Stadträte, der Bürgermeister, immer öfter gerade vor Wahlen als Selbstdarsteller auftreten. (Wer zählt die Vorndran-Fotos in der Presse?)

Wie soll das alles weitergehen? Tatsache ist, wir brauchen eine lebendige Kommunalpolitik, und wir brauchen Leute, die das machen!

Entscheidend bleibt auch hier der lange Atem, der vernünftige Umgang miteinander, die enge Verbindung mit dem Wähler, eine kritische linke Opposition. Das wollen wir auch in Zukunft sein. Wir werden auch in Zukunft monatlich den "blickpunkt" herausbringen, damit die Kommunalpolitik, das Rathaus, durchschaubarer wird. Wir setzen darauf, daß bei der nächsten Wahl die jahrzehntelange Kontinuität der DKP bei der Interessenvertretung der "kleinen Leute" erneut honoriert wird. Resignation gilt nicht.

**Kommunalwahl 7. März 1993 - Demokratie braucht Opposition**

# Die Sache mit der Sondersitzung

*In den letzten Wochen wurde das alte Thema der Südumgehung erneut aufgekocht. Obwohl alles seit Jahren beschlossen, kam es auf Initiative der CDU zu einer Sondersitzung.*

*Rudi Hechler gab für die DKP eine Erklärung ab, in der es u.a. hieß:*

Bei der letzten Stadtverordneten-Sitzung waren wir der Meinung, daß man das Thema auf die Tagesordnung nehmen sollte. Aus taktischen Gründen geschah dies nicht - jetzt haben wir eine teure Sondersitzung - bei der nicht einmal jeder teilnehmen kann.

Warum das so ist - weiß jeder hier im Saal - die Kommunalwahl steht vor der Tür.

Daß dabei die CDU jede Gelegenheit nutzt, um einen Keil zwischen die Koalitionsparteien zu treiben kann ich verstehen. Verstehen kann man von dieser Ebene her gesehen auch die Zögerlichkeiten bei SPD und GBL. Nun heißt es: die heutige Sitzung ist überflüssig - für Bonn ist das Projekt "vordringlich" - und Wiesbaden hat die Sache "auf den Weg gebracht".

Könnten wir doch eigentlich jetzt Feierabend machen - auf's Sitzungsgeld verzichten und einen trinken gehen. Wir könnten aber auch versuchen hart, aber nicht allzu zänkisch, das Thema Verkehrsbelastung breiter zu diskutieren.

Wir könnten dabei ausloten - wie groß der Vorrat an Gemeinsamkeiten ist - wo es örtliche Versäumnisse und Defizite gibt - wie die nächsten Schritte aussehen könnten.

Zum Thema:

Ich habe bei der letzten Stadtverordneten-Sitzung schon auf die komplizierte Geschichte dieser Umgehung hingewiesen.

Der Startbahnkonflikt - die Waldverluste - haben uns alle sensibel gemacht - und das ist auch gut so. Nun

sind wir aber auch alle der Meinung - der Durchgangsverkehr muß aus der Stadt. Daß dabei auch Bäume fallen werden, ist meiner Meinung nach nicht zu verhindern. Ich persönlich halte die Wald- und Wiesenlandschaft hinter dem Waldstadion für eine der schönsten Gegenden unserer Heimat. Es ist schmerzhaft wenn die Südumgehung dort angebunden wird. Es ist aber auch schmerzhaft in der Westendstraße zu wohnen. Die Wahl halt - zwischen Kopfweh und Bauchweh. Es ist eine Tatsache, der Autoverkehr ist zunächst da - er wird sich lange Zeit nicht verringern, man muß befürchten - er nimmt noch zu - und Mörfelden ist nicht zu untertunneln. Wir könnten doch den Anwohnern der betreffenden Durchfahrtsstraßen nicht mehr in die Augen sehen, wenn dieses Parlament beim Bau einer Entlastungsstrecke Verzögerungen zu verantworten hätte.

Allerdings muß man an dieser Stelle auch auf die Tatsache verweisen, daß wir mit der Expansionspolitik im Industriegebiet ständig zur Erhöhung des Verkehrsaufkommens beitragen. Mit Sicherheit gibt es bei der hiesigen CDU und der SPD auch jetzt schon Leute die mit neuen Baugebieten liebäugeln.



*Parkplatz hinterm Rathaus Mörfelden. Mitten im Zentrum Häuser für viel Geld ankaufen, und zu Parkplätzen verwandeln darf künftig keine Lösung mehr sein.*

Vielleicht gibt es bald einen neuen Stadt-Prospekt in dem es heißt: "Neue Baugebiete und Gewerbeflächen in der Nähe einer neuen Südanbindung".

Wir wollen diesen Weg nicht!

Wir wollen, daß in der Verkehrs- und Ansiedlungspolitik die Weichen anders gestellt werden.

Und hier muß man auch auf die jahrelange Vernachlässigung der öffentlichen Verkehrsmittel in diesem Land hinweisen. Man muß vor allem das ausschließlich kapitalorientierte Denken vieler CDU-Bundesregierungen erwähnen.

Solange die Bundesbahn Bahnhöfe vergammeln läßt, den Service reduziert, Arbeiterzüge aufs Nebengleis schiebt, dafür aber ständig die Fahrkartenpreise im Berufsverkehr erhöht, solange wird sich am steigenden Individualverkehr wenig ändern. Solange Pläne für neue Buslinien an der "Kostendeckungsmethode" scheitern - solange aus Bonn keine entscheidende Subventionierung des öffentlichen Nahverkehrs erfolgt - solange bleiben die Belastungen durch den Pkw-Verkehr bestehen.

Hier sollten auch Kommunalpolitiker kämpferischer auftreten, sicher sind bei solchen Protesten CDU-Vertreter seltener zu finden.

Wenn wir uns allerdings den Bereich der Verkehrspolitik ansehen, bei dem Kommunalpolitiker prägend sein können - dann gibt es auch in unserer Stadt mit Sicherheit eine Menge Defizite.

Uns geht es hier insgesamt zu langsam mit dem Ausbau eines Radwegenetzes, mit Radabstellplätzen. Wie wollen wir erreichen, daß umgedacht

wird - daß die Leute in unserer Stadt das Auto stehen lassen und das Fahrrad nehmen, wenn grundlegende Voraussetzungen fehlen?

Auch die, wenn auch schwerfällige, Tempo-30-Einführung, wird noch nicht das Samstag-Verkehrschao verhindern.

Wir dürfen nicht weiter Häuser im Zentrum ausgucken, die wir für viel Geld in Parkplätze verwandeln können. Wir brauchen - unter Umständen - auch schmerzhaft Maßnahmen um den Verkehr in den Zentren einzudämmen.

Es fehlt, so meine ich, der große Entwurf für die Lösung der innerstädtischen Verkehrsprobleme. Man muß dabei versuchen, das kollektive Nachdenken zu fördern, das Thema etwas aus dem Parteiengozänk heraushalten. Natürlich gibt es unterschiedliche Interessen - damit müssen wir umgehen. Wenn schon kein "Runder Tisch" dann könnte doch vielleicht die Verkehrskommission - personell aufgestockt und öfter tagend - hilfreich sein.

Und - das darf man alles nicht auf die lange Bank schieben. Das scheint mir jetzt das Wichtigste.

## Es gibt genug andere Möglichkeiten

*In der Diskussion im Stadtparlament sagte Herbert J. Oswald (parteiloses Mitglied der DKP-Fraktion) zum Thema Südumgehung u.a.:*

"Fakt ist, daß der Durchgangsverkehr aus der Stadt muß, doch die Mittel und Wege, dies durchzusetzen, sind verschieden....

Unsere Stadt ist umgeben von Autobahnauffahrten bei Rüsselsheim (Mönchhofdreieck im Westen), bei Groß-Gerau (Süden), Langen (Osten), Zeppelinheim (Norden), Frankfurt-Süd. Was wollen wir noch. Unsere Stadt hat in unmittelbarer Nähe vier Autobahnauf- und Abfahrten, soviel wie eine Großstadt....

Wenn die Gelder die Minister Krause jetzt verbauen will in den öffentlichen Nahverkehr gesteckt würden,

wären wir schon ein Stückchen weiter und die Straßen ein wenig leerer... Auch den Westendsträßern und den Anwohnern des Gärtnerweges und der Groß-Gerauer-Straße nutzt es nichts, wenn weitere Wiesen versiegelt werden, es nutzt ihnen aber, wenn der Öffentliche Personennahverkehr ausgebaut wird....

Nehmen wir den Vitrolles-Ring. Einst als innerstädtische Straße geplant und jetzt als eine der Hauptverkehrsstraßen für den Durchgangsverkehr genutzt. Ist die Südumgehung einmal da, wird wieder bis zur Straße arrondiert und das Spiel fängt von vorne an. Das ist die Praxis. Nicht mehr Straßen müssen her, sondern mehr Alternativen."

## Begriffsverwirrung

Bewußt oder unbewußt kam durch den Wortbeitrag des GBL-Fraktionsprechers Steidl bei der letzten Stadtverordnetenversammlung Verwirrung auf, als er eine Absage an die "Südumgehung" und Zustimmung zur "Ortsumgehung/Projekt-Nr. 326" propagierte. Mit der Südumgehung verbinde sich - so die Meinungsäußerung - die große Lösung, die sich in den 70er Jahren vierspurig in großem Bogen von der Abfahrt Walldorf-Nord bis zur Nikolauspforte und Schlangenloch spannte. Diese Variante ist aber schon lange überholt. Das Projekt wurde erheblich "abgespeckt".

Mit der Südumgehung heute verbindet sich aber die jetzt aktuelle Linienführung (durch ein ökologisches Gutachten als das am wenigsten in die Natur eingreifende Projekt dargestellt) - bis zum "Luleykreuz" auf der jetzigen B44, dann im Bogen zum "Lindenstück", zwischen Wald und Gewerbegebiet Süd zur Bahnlinie an der Nikolauspforte und Anbindung an die B486 in Höhe des Kickers-Sportplatzes. Diese Linienführung wurde von allen Fraktionen befürwortet. (Einzige Gegenstimme von Herbert Oswald - DKP-Fraktion.) Die GBL-Rumpffraktion stimmte jedoch gegen den CDU-Antrag, "weil er in der Sache nichts bewirke". Ihre Ablehnung ist also nicht als Nein gegen die Südumgehung zu werten.

# POST

Die Kugel rollt, nichts geht mehr. Einige Schwachköpfe in einer Bonner Enquete-Kommission glauben doch tatsächlich, die Verkehrslawine ließe sich stoppen, die uns bis zum Jahr 2010 eine Zunahme des PKW-Verkehrs um 40 Prozent und des LKW-Verkehrs um 100 Prozent bringen wird. In dieser Kommission sind Politiker/innen aller Parteien, auch der CDU. Wieschon die SDAJ (Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend) Mörfelden vor zwanzig Jahren - plädieren sie u.a. gegen eine weitere Zersiedelung und für bessere Raumordnungskonzepte. Spät kommen sie drauf, aber immerhin früher als hiesige Kommunalpolitiker aller Parteien. Statt dem selbstmörderischen Autowahn Grenzen zu setzen, wollen die neue Straßen bauen. Sie stimmen der Versiegelung der Feldgemarkung rund um unsere Stadt zu, ziehen neuen Verkehr aus Frankfurt und Umgebung hierher und weisen neue Baugebiete aus. In der Vergangenheit kamen aus unserer Stadt gelegentlich Denkanstöße auf ökologischem Gebiet. Mittlerweile hat das Profitprinzip auch hier genügend Nachbeter bei ehemaligen Radikalökologen und Kommunisten gefunden.

Fruchtbarsten Mörfelder Boden wollen sie mit Asphalt und Gift bedecken. Für wie lange? Ich prophezeihe die ersten Fahrverbote für die nächsten zehn Jahre. Aber dann wird Vater Profit längst über Mutter Erde gesiegt haben und daran selbst zugrunde gehen.

Den Kirchturmpolitikern einstweilen weiterhin frohes Betonieren.

Erich Schaffner  
Hochstraße 6  
Mörfelden

## blick punkt

Unser  
Spendenkonto:

Kreissparkasse Groß-Gerau,  
Kto.-Nr. 9003419, BLZ 50852553

# DISKUSSION

*Der im Juni-"blickpunkt" unter der Überschrift "Der Wohnwert darf nicht weiter verschlechtert werden" erschienene Beitrag sollte zum Nachdenken anregen. Seit vielen Jahren nehmen wir zu diesem Thema Stellung, die Stadtverordneten der DKP treten im Stadtparlament für die Erhaltung und Verbesserung des Wohnwertes ein. Wir waren schon sehr früh gegen das ursprünglich geplante Zubetonieren der Landschaft zwischen Mörfelden und Walldorf und warnen auch heute vor einer weiteren Verdichtung des Ballungsgebietes Rhein-Main. Wir sind aber auch der Meinung, daß über ein so wichtiges Thema diskutiert werden muß. Über jeden Hinweis und Leserbrief freuen wir uns. Erste Gedanken zu diesem Thema finden sie im nachstehenden Artikel unseres Lesers Hans-Jörg Kuhn.*

## Lieber "blickpunkt",

obwohl ich Dich seit Jahren gut finde, kann ich - als Käufer eines der angesprochenen Reihenhäuser - den Artikel über die Wohnungsnot (Blickpunkt # 258) so nicht gelten lassen.

Dieser Artikel ist dem Schreiber einfach so aus der Feder geflossen, ohne daß er die angesprochenen Punkte zu Ende gedacht hat.

Die eine halbe Million schweren Reihenhäus'chen, die sich auf je 154-200 qm drängeln, wurden zum größten Teil von "Besserverdienenden" gekauft, die eh schon in unserer Doppelstadt zur Miete wohnen. Der Rest wurde zugebenermaßen zum Teil von Leuten gekauft, die ihr Geld anlegten.

Diese Häuser aber können sich nur Mieter leisten, die zu den "Besserverdienenden" zu rechnen sind. Alles in allem kann man also die Schlußfolgerung ziehen, daß dort bald 44 "besserverdienende" Familien wohnen, die eine Menge Lohnsteuer zahlen, wovon unsere Stadt profitiert.

Ich glaube nicht, daß es für die finanzielle Situation der Stadt besser gewesen

wäre, anstelle der 44 Reihenhäus'chen zwei oder drei Sozialblocks dort hinzustellen.

Sollen besserverdienende Menschen hier wegziehen, wenn sie genug für ein Eigenheim gespart haben? Es kann doch nicht der Ernst des Schreibers sein, die Stadt mit Sozialblocks vollzuknallen.

Wie stellt er sich die Unterhaltungskosten des dann entstehenden "Sozialgettos Mörfelden-Walldorf" vor? Ist es nicht auch erstrebenswert für eine Stadt, Bewohner zu haben, die gezwungenermaßen durch ihr besseres Gehalt die "Flocken" erbringen, um damit gewisse nötige Sozialmaßnahmen auf einer gesunden finanziellen Basis zu ermöglichen? Geht es beim Schreien um mehr Sozialwohnungen eigentlich um "Langzeit-Mörfelden-Walldorfer", die seit Jahren - wenn man sich unter den Betroffenen einmal umhört - gegenüber Neuankömmlingen bei der Vergabe von Sozialwohnungen benachteiligt werden?

Was zieht denn die Leute so an, wo die Wohnungsnot hier doch allgemein bekannt sein dürfte? Ich kann mir nicht vorstellen, daß es der Reiz der Landschaft, oder gar die "Anmut" unserer Stadt ist.

Muß denn ein Tippelbruder (ich kenne einen Fall), nur weil er einige Jahre Mörfelden "bereist" hat, gleich eine Sozialwohnung in den Hintern geschoben bekommen, wenn er sich ausgerechnet hier "zur Ruhe" setzen will?

Sollte man nicht zuerst einmal die Warteschlange der in unserer Stadt lebenden Wohnungssuchenden abarbeiten?

Hat der Schreiber einmal darüber nachgedacht, wieviel Familien seit Jahren unberechtigt in Sozialwohnungen leben, weil sich ihr Einkommen stark verbessert hat? (Man muß dieses annehmen, wenn man die Parkplätze der Sozialwohnungen in Augenschein nimmt.) Ich persönlich fahre zum Beispiel keinen Jaguar, Mercedes oder BMW, weil ich, als Mieter einer freien Wohnung, mein Geld für ein Eigenheim zusammengehalten habe und nicht auf Kosten der Allgemeinheit billig gewohnt habe und das so ersparte Geld für Luxuskonsumgüter verschleudert habe.

Warum in unserer Stadt Sozialwohnungen bauen, bevor man die Fehlbelegung abgebaut hat, oder zumindest eine Abgabe erhebt, um Mittel für die Schaffung und Erhaltung neuen Wohnraumes zu haben?

Fürchtet man um Wählerstimmen?

Wenn man alle meine Argumente berücksichtigen würde, wäre das Woh-

nungsproblem in unserer Stadt erheblich geringer, trotz den Minireihenhäusern im Steinweggebiet.

Zumindest ich - fühle mich als Käufer in diesem Artikel ungerecht benutzt, da ich in meinem bisherigen Leben alles, was ich besitze, mit meinen eigenen Händen erarbeitet und teils vom Mund abgespart habe, ohne jemals nach dem Staat zu schreien.

Trotzdem kann ich mit dem Artikel leben, denn mein Wahlspruch ist: Mitleid bekommt man geschenkt - Neid muß man sich erarbeiten.

Mit dennoch freundlichen Grüßen

**Hans-Jörg Kuhn, parteilos**  
**Freiburger Straße 5**

## Bärbel und Werner Kunz schrieben einen Brief an Bürgermeister Brehl mit Durchschrift an alle Fraktionen im Stadtparlament in dem es u.a. heißt:

Wir möchten uns heute an Sie wenden, da unserer Meinung nach dem Zustand der örtlichen Spielplätze, insbesondere der in der Nähe unserer Wohnung befindlichen (Wasserturm und Stockhausenstraße), zu wenig Bedeutung beigegeben wird. Bereits wiederholt haben wir beim zuständigen Mitarbeiter im Bauamt Mängel gemeldet, jedoch wurden unserer Ansicht nach keine entsprechenden Maßnahmen getroffen.

Es sind folgende Mängel vorhanden:

### Spielplatz Stockhausenstraße

1. Am Sandspielgerät stehen auf der Plattform Nägel hervor.
2. Die Palisaden der Sandkasteneinfassung sind gesplittert.
3. An einigen Stellen ist eine Vliesunterlage freigelegt.
4. Am Klettergerüst stehen im Bereich der Kettenbrücke Nägel hervor.

### Spielplatz Wasserturm

1. Das Seil der Seilbahn hängt stark durch. Die Bahn ist nicht benutzbar.
2. Die Einpunktschaukel weist nur eine geringe Bodenfreiheit auf.
3. In Spielbereichen befinden sich spitze, scharfkantige Steine.
4. Die Schaukel am Klettergerüst kann nicht genutzt werden, da in den Bereich der Abhängung eine Latte ragt.

Wir sind der Meinung, daß die Stadt im Rahmen ihrer Sorgfaltspflicht gewährleisten muß, daß die Spielgeräte und das Spielplatzumfeld sicher und für Kinder ohne Gefahr zu benutzen sind.



## Besuch russischer Kinder aus dem Kreis Bychow

In der Zeit vom 17. Juli bis zum 21. August werden 25 Kinder aus dem Kreis Bychow (Weißrussland) im Alter von 11 bis 17 Jahren zur Erholung in Mörfelden-Walldorf sein. Die Kinder sind zunächst drei Wochen im Naturfreundehaus Mörfelden untergebracht. Weitere drei Wochen werden sie bei Gastfamilien wohnen. Der Kreis Bychow ist ein stark radioaktiv belastetes Gebiet. Unmittelbar nach der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl wurde durch Regenfall radioaktive Materie herabgewaschen. Die Menschen in diesem Gebiet leiden unter Leukämie, Schilddrüsenerkrankungen und einer Schwächung des Immunsystems. Gerade für Kinder ist das Leben mit vielen Einschränkungen und seelischen Belastungen verbunden.

Zur Vorgeschichte: Die Friedensinitiative Mörfelden-Walldorf hat im Januar 1991 über das Friedenskomitee in Minsk die Information erhalten, daß dringend Medikamente in Weißrussland gebraucht werden. Sofort begann man mit der Organisation eines Hilfstransportes. Zwei Mitglieder der Friedensinitiative schlossen sich dann dem Konvoi "Hessen hilft" an und brachten Medikamente nach Minsk und Bichow. Am 16.9.1991 wurde der zweite Transport durchgeführt. Bei ihrem Aufenthalt in der Kreisstadt Bychow haben die Mitglieder der Friedensinitiative die Einladung für 20 bis 25 Kinder ausgesprochen. Im Juni 1992 begann der dritte Transport nach Bychow. Zwischenzeitlich hat sich

die Lebenssituation in Weißrussland weiter verschlechtert. Eine qualifizierte medizinische Betreuung ist laut Aussagen der dortigen Ärzte/innen nicht mehr gewährleistet. Zudem haben bereits viele Ärzte/innen das Gebiet verlassen.

Die Freude der Kinder auf ihren Erholungsaufenthalt ist groß. Es kann nicht genug darauf hingewiesen werden, daß es für die Kinder wichtig ist, wenigstens zeitweise von der verstrahlten Umgebung fortzukommen. Für den Aufenthalt ist ein vielseitiges

Programm geplant, an dem sich mehrere Organisationen aus Mörfelden-Walldorf und dem Kreis Groß-Gerau beteiligen. Es gibt eine Stadtrallye, Sommerfeste, Besuch im Revierforst, Übernachtung im Wildpark und vieles mehr.

Spenden können Sie auf die Konten der Walldorfer Volksbank BLZ 50865224, Konto Nr. 100045560, Kreissparkasse Groß-Gerau BLZ 50852552, Konto Nr. 6060602 Stichwort: Kinder aus Bychow. HF

## Opeler brauchen Solidarität

*Von einem Opel-Arbeiter erhielten wir folgenden Beitrag, der über die letzte große Betriebsversammlung berichtet:*

Der Betriebsrat der Rüsselsheimer Automobilfirma griff zu einer außergewöhnlichen Maßnahme.

Öffentlichkeitswirksam, mit Zeitungsannoncen, Mitarbeiterbriefen und ins Auge fallenden Plakaten lud er die Belegschaft zu einer außerordentlichen Betriebsversammlung ein. Das Echo war enorm. Sie kamen alle. Die Auszubildenden, der Werkzeugmacher und die Packerin, der Aufzugselektriker und der Autoschlosser, alle Kollegen der Zentralwerkstatt, die Belegschaft der Schmiede und des Kraftwerkes, der F19 war leer und der M55 machte auf sich aufmerksam. Ganze Kolonnen kamen aus den Preßwerken K40 und K67. Neben den Betroffenen konnte Rudi Müller, stellvertretender Betriebsratsvorsitzender, folgende indirekt Betroffene grüßen und zwar den hessischen Ministerpräsidenten, den alten und neuen Landrat, den Rüsselsheimer OB, sowie die ranghöchsten örtlichen konfessionellen Amtsinhaber.

Die Begrüßungsrede von Rudi Müller ließ ahnen, welche folgenschwere Planspiele von General Motors Werksanhörige und darüber hinaus die gesamte Region erschüttern.

Opel will mit weniger Belegschaft mehr Autos bauen und den Profit maximieren.

Die dann geführte Berichterstattung

von Richard Heller war eine einzige Anklage. Heller hielt der Geschäftsleitung, dem Generaldirektor der Euro-Zentrale den Spiegel vor.

Auf gut Deutsch nannte er sie alle ein skrupelloses Gesindel.

Der Betriebsratsvorsitzende nannte Zahlen, stellte Vergleiche auf und appellierte an die Vernunft.

Zahlen: 1978 hatte das Werk eine Belegschaft von 42.600 Menschen.

1996 sollen es weniger als 20.000 sein, aber bei gleichbleibenden Produktionsausstoß!

Die bestehende Produktionstiefe wird abgeflacht. Gefestigte Strukturen werden über Bord geworfen.

Welche Schicksale und Ängste diese Planspiele auslösen, ist nicht mit Worten zu fassen.

Die Zukunft sieht düster aus.

Das, was der Opa mit aufgebaut hat, sollte mal der Enkel weiterführen.

Stattdessen zeigen uns Plan- und Visionsspiele deutlich den alten Herrim-Hause-Standpunkt.

Die Schlußworte von Richard Heller waren unter anderem:

Wer kämpft, kann verlieren, wer nicht kämpft, der hat schon verloren!

Diese Betriebsversammlung setzte Pflöcke.

Leichtes Spiel wird General Motors nicht haben.

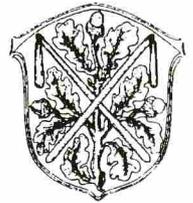
Liebe "blickpunkt"-Leser, die Opeler führen einen harten Kampf, lassen wir sie unsere Solidarität spüren.

WW

# Stadtgeschichten



Die Farmstraße in Richtung Norden, von der Ecke Gartenstraße aus gesehen, vor vielen Jahren. So idyllisch geht es heute dort nicht mehr zu. In dieser Straße wurde in den letzten Jahren viel Altes abgerissen und Neues errichtet. Auf unserem Bild rechts fehlt noch der HL-Markt und weiter hinten die Einmündung zur Unterführung der Bahnlinie. Auch das Ecktännchen - der Walldorfer "Stadt-park" - steht noch in voller Pracht. Die Straße ist wie leergefegt. Ob die Walldorfer damals gerade ihr Mittagsschläfchen hielten ?



## Grillfest'92 - Spaß und Regen

Das traditionelle DKP-Grillfest war in diesem Jahr ziemlich naß. Trotz gewaltigem Gewitterregen gab es unter Regenschirmen und Dächern viel Spaß. Die Tombola war wie immer ein Renner und in einer Regenspause begeisterte die Gruppe "Soda und Gomorrhum" mit Jonglage und Sketchen.